

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
35. Sitzung

04.11.1987
the-ro

Minister Dr. Jochimsen weist darauf hin, daß die Ministerpräsidentenkonferenz in der Woche vor der Wirtschaftsministerkonferenz stattgefunden habe, über die er berichtet habe. Die Ministerpräsidentenkonferenz habe exakt jene Position bestätigt, die mit der Stimme Nordrhein-Westfalens am 7. Oktober in Mettlach beschlossen worden sei. Er unterstreicht seine Aussage, daß die Wirtschaftsminister aus der Sicht des 28. Oktober 1987 der Reduzierung der Fördergebiete unter Zurückstellung massiver Bedenken ihre Zustimmung erteilt hätten.

Ihm sei die Zustimmung nur durch die Erklärung der Bundesregierung ermöglicht worden, daß die rund eine halbe Million Einwohner der Arbeitsmarktregion Aachen - mit gewissen Ausweitungen nach Jülich - nicht mehr auf die Landesfördergebiete angerechnet werden müßten, weil diese Region in die Gemeinschaftsaufgabe aufgenommen werde, obwohl sie darin jetzt noch nicht enthalten sei. Der Kompromiß sei überhaupt nur möglich geworden, weil alle Beteiligten darauf hingewiesen hätten, daß sie sich jetzt, Ende Oktober/Anfang November 1987, weitere Dinge vorbehalten, und daß sie keinesfalls erklärt hätten, daß man schon 1991 weitere Reduzierungen hinnehmen könne.

Quer durch alle Parteien habe äußerste Unzufriedenheit darüber geherrscht, wie die Bundesregierung verhandelt habe; dies sei Gegenstand vieler vorhergehender Konferenzen gewesen. Angesichts der von der Bundesregierung bezüglich Aachens gebauten Brücke und angesichts des Herausschiebens des Horizonts auf 1991 sei man jedoch zu der Auffassung gekommen, daß es der Bundesrepublik nicht gut täte, über den verbleibenden Teil in einen massiven Konflikt mit der Kommission einzutreten.

Für die Länder nehme er in Anspruch, daß sie sich - was auch der Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums anerkannt habe - in hohem Maße bundesfreundlich verhalten hätten. Sie hätten auch gegenseitig Länderfreundlichkeit obwalten lassen; denn einige Länder seien an einem schnellen Zustandekommen der Regelung interessiert gewesen, während einige Länder eine andere Auffassung vertreten hätten. Er erinnert an die erwähnten Vorbehalte Baden-Württembergs, bei denen es sich um systematische Gesamtvorbehalte handele, von denen er noch nicht wisse, ob sie ausgeräumt seien; es sei möglich, daß das Kabinett gestern dagegengestimmt habe und daß dann der gesamte Kompromiß scheitere. Der bayerische Vorbehalt, der ein Detail betroffen habe, sei inzwischen ausgeräumt; Bayern habe zugestimmt.

Der Minister warnt davor, das Ergebnis überzuinterpretieren. Es handele sich um einen Modus vivendi in einer äußerst schwierigen Situation, in der - was die Sache erleichtert habe - die Europäische Kommission gerade auch eine Niederlage vor dem Europäischen Gerichtshof erlitten habe.